



Zur Bedeutung von Renteneinnahmen

für die politische und ökonomische Entwicklung der MONA-Region:

Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft

Dr. Florian Mayer

Einleitung

Über die Wirkung von Renteneinnahmen auf die Verfassung von Staat und Wirtschaft wird in Wissenschaft und Praxis seit Jahrzehnten diskutiert. Vielfach wird die These geäußert, dass Renteneinnahmen politische und ökonomische Strukturen verfestigen, Reformen erschweren und Demokratisierung behindern. Als Paradebeispiel gilt die Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrika (MONA) – eine Region, in der umfangreiche Renteneinnahmen mit politischer und wirtschaftlicher Unterentwicklung einhergehen.

In den letzten Jahren hat die Debatte um die Rentenökonomien aus zweierlei Gründen neue Nahrung gewonnen: Zum einen sind die Renteneinnahmen in der MONA-Region stark angestiegen und haben den Staaten **unverhoffte Mehreinnahmen**, sog. *windfall profits*, beschert. Im Jahr 2005 beliefen sich allein die Ölexporterinnahmen der Region des Nahen und Mittleren und Nordafrikas auf rund 357 Mrd. USD (US Energy Information Administration). Im Tiefpreisjahr 1998 waren es noch rund 96 Mrd. USD. Ursächlich waren Produktionsausweitungen und Preissteigerungen im Ölsektor, die ökonomisch, teilweise aber auch politisch induziert waren. Während ein Barrel der Sorte Dubai und Brent im Tiefpreisjahr 1998 noch je-

weils rund 12 USD gekostet hatte, musste man 2005 für das Barrel gut 49 beziehungsweise knapp 55 USD aufwenden (Angaben in laufenden Preisen, vgl. BP 2006). In demselben Zeitraum stieg in der Region des Nahen und Mittleren Ostens und weltweit die Förderung um rund 10 %. Zum anderen flammte mit Blick auf die Region die Diskussion um *regime change* auf. Hintergrund waren die **bescheidene Demokratisierungsbilanz im gesamten Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika**, unter anderem auch die bisher wenig erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen der „Allianz der Willigen“ im Irak.

Im Rahmen des vorliegenden Papiers sollen die Theorie der Rentenökonomie skizziert und anschließend die Rentenökonomien der Region klassifiziert werden. Darauf folgt die Prognose künftiger Renteneinnahmen und schließlich Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen.

Theorie der Rentenökonomie

Der Rentenbegriff ist diffus, er wird in der Fachliteratur vielfältig und unscharf verwendet. Im Rahmen des Papiers werden unter Renten drei Einnahmearten verstanden. Erstens fallen darunter die **Einnahmen aus Bodenschätzen**, teilweise auch die Einnahmen aus Gebühren (prominentes

Beispiel: der Suez-Kanal) und aus Tourismus. Zweitens ist den Renten die **offizielle Entwicklungshilfe**, die *official development aid* (ODA), zu subsumieren. Drittens beinhaltet der Begriff **Rücküberweisungen**, die Gastarbeiter in ihre Länder tätigen. Die offizielle Entwicklungshilfe und die Gastarbeiterrücküberweisungen lassen sich auch als „sekundäre Renten“ charakterisieren, da sie (teilweise) durch Einnahmen aus Bodenschätzen finanziert werden; sie stellen gleichsam die Transmissionskanäle der Rohstoffeinnahmen für die MONA-Region als Ganzes dar. Gemeinsames Merkmal der Renten ist, dass sie nicht unmittelbar aus dem ökonomischen Prozess der Staaten resultieren.

Die **Auswirkungen von Renteneinnahmen auf Wirtschaft und Staat** werden in Wissenschaft und Praxis seit Jahrzehnten diskutiert. Renteneinnahmen behindern nach Meinung der meisten Autoren die wirtschaftliche und ökonomische Situation der „betroffenen“ Staaten. Allerdings ist der Fokus der Analyse dabei im Zeitverlauf auf unterschiedlichen Faktoren gelegt worden:

Zunächst wurden in der Debatte die **volkswirtschaftlichen Folgen** der Renteneinnahmen betont. Die Wurzeln der Debatte lassen sich bis zur Prebisch/Singer-Hypothese zurückverfolgen. Im Zuge der Ölkrisen und der damit verbundenen Boomphase für die Ölexporture rückte die wirtschaftliche Unterentwicklung der ressourcenreichen Länder unter dem Schlagwort des *paradox of plenty* in den Mittelpunkt. Unter dem Begriff der *Dutch disease*¹ wurden negative Auswirkungen von Renteneinnahmen auf die Gesamtwirtschaft zusammengefasst. Insbesondere reale Aufwertung der Währung und Lohnkostenentwicklungen, welche die Wirt-

schaftstätigkeit in anderen Sektoren erschweren (*crowding out*) und bei makroökonomisch guten Daten nachteilige strukturelle Änderungen implizieren: Eine Deindustrialisierung und Deagrarisierung. Starke Zyklik der Rohstoffpreise wie etwa im Falle von Öl verschärft die Situation durch entsprechende Wechselkursreaktionen und eine erhöhte Wahrscheinlichkeit einer Stop-and-Go-Finanzpolitik.

Schließlich verlor die ökonomistische Sichtweise an Bedeutung und die **politische Ökonomie und Governance-Fragen** rückten in den Fokus der Analyse. Es ließ sich beobachten, dass die Rentierstaaten die ökonomischen Herausforderungen der Renteneinnahmen unterschiedlich gut meisterten. (vgl. Oesterdiekhoff). Die Renteneinnahmen schaffen für die politische Elite grundsätzlich Anreize, ihre Herrschaftsposition durch Subventionen und Sozialausgaben abzusichern. Der öffentliche und der private Konsum steigen, wohingegen renditestarke Investitionen vernachlässigt werden. Aufgrund der Zyklik der Einnahmen drohen *boom-bust-cycles* – Phasen wirtschaftlicher Überhitzung mit folgenden ökonomischen Einbrüchen. Der Rentenstaat greift im Vergleich zum Steuerstaat weniger in die Eigentumsrechte seiner Bürger ein, so dass Beteiligungsrechte nicht in gleichem Maße ausgleichend eingefordert werden können (Grundsatz der *no taxation without representation*). Ein weiterer Diskussionsstrang unterstrich die Konflikanfälligkeit von Rentierstaaten. Danach schaffen Renteneinnahmen sowohl Finanzmittel als auch Motive für gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb von und zwischen Staaten. Allerdings scheint dabei das relative Einkommen entscheidend zu sein (vgl. Basedau und Lacher 2006). Hohe Pro-Kopf-Einnahmen erhöhen hingegen die politische Stabilität, da Regime Renteneinnahmen für Repression und Kooptation (in Form von Distribution oder Patronage) verwenden.

Erwähnenswert sind auch mögliche **weltwirtschaftliche Folgen** der Renteneinnahmen. Zunächst besteht für die Importeure von Rohstoff im Gefolge von Preis-

¹ Die *Dutch disease*, die „holländische Krankheit“, wird ausgelöst durch exogene Rohstoffpreisschocks, die, vermittelt über ihre Auswirkungen auf die relativen Preise von Rohstoff- und Nichtrohstoffsektor, die Wettbewerbsposition der verarbeitenden Industriezweige bzw. der Landwirtschaft nachhaltig verschlechtern können. In den Niederlanden war in den 1960er Jahren Erdgas gefunden worden.

schwankungen die Gefahr exogener Schocks. Allerdings hat sich im Falle des Erdöls seit Beginn der ersten Ölkrise dessen Bedeutung für die Weltwirtschaft vermindert. Die Gefahr exogener Schocks ist dadurch gesunken; der Preisanstieg hat nur begrenzte Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Auch die Verwendung der Erlöse, das so genannte *recycling* der Petrodollars, ist weltwirtschaftlich bedeutsam. Das „Parken von Petrodollars“ bei amerikanischen Banken begünstigte, wie unten ausgeführt, die regionale Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre und das daraus resultierende „verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas“. Neuere Untersuchungen deuten auf eine klügere Verwendung der Renteneinnahmen, auf ein effektiveres volkswirtschaftliches und weltwirtschaftliches „Recyclen“ der Petrodollars hin: Erstens eine erhöhte Sparquote, zweitens ein verstärkter Bezug von Investitionsgütern und drittens eine Verschiebung in der regionalen Ausrichtung zugunsten Europas (vgl. Economist).

Es handelt es sich mithin um keinen monokausalen Determinismus von Renteneinnahmen auf die Verfassung von Wirtschaft und Staat. Der Begriff des *resource curse*, des Ressourcenfluchs, ist verkürzt, suggeriert einen Automatismus und entlässt politische Eliten aus der Verantwortung. Soziales Handeln schließt eherne Gesetzmäßigkeiten aus. Es lassen sich positive Gegenbeispiele anführen, wie Norwegen, Indonesien, Botswana und – mit Blick auf die Region des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas – Bahrain, Kuwait und Katar. Bahrain und Kuwait erreichen vergleichsweise hohe Werte in der Qualität der öffentlichen Verwaltung (Indikator der *public administration quality* der Weltbank), Katar hat in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt (vgl. Weltbank 2005).

Zu beachten sind darüber hinaus weitere Einflüsse: Zunächst ist die **Rentenart** (inkl. Streuung und Zyklizität) von Bedeutung, außerdem der **Abhängigkeitsgrad** und die **Einnahmenverwendung**. Neueste Forschungsergebnisse identifizieren die **Pro-Kopf-Renteneinnahmen** als wichtige

Variable. Eine Rolle spielt außerdem, zu welchem **Zeitpunkt** die Renteneinnahmen eingesetzt haben: Renteneinnahmen in konsolidierten (Norwegen) oder sich konsolidierenden Staaten (Botswana) sind in ihren Wirkungen unproblematischer als in autoritären Regimen. **Kultur, Religion und zivilgesellschaftliche Interessenstrukturen sind weitere intervenierende Faktoren** (in diesem Zusammenhang sei auf die Transformationsforschung verwiesen).

Die Rentenökonomien der Region

Die **MONA-Region hängt** – auch im Vergleich zu anderen von Renteneinnahmen geprägten Regionen – **ökonomisch in starkem Maße von Renteneinnahmen ab**.

Unter den Rentenarten dominieren in der Region des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrika die Einnahmen aus Bodenschätzen. Mit Öl und (zukünftig verstärkt) Gas dominieren in der Region die so genannten Punktquellen-Ressourcen, welche gegenüber den gestreuten Ressourcen (z.B. Baumwolle) negativere politische und ökonomische Effekte haben. Der Nahe und Mittlere Osten – ohne Nordafrika – bestritt 2005 knapp ein Drittel der weltweiten Ölförderung und gut 10% der Gasförderung (vgl. BP 2006). Die Ölexporte machen 72% der Warenexporte der Region insgesamt aus (vgl. Weltbank 2005). Allerdings fiel aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und des realen Wertverlusts der Ware Öl das daraus erzielte Pro-Kopf-Einkommen in der MONA-Region real von 5250 auf 2250 USD (vgl. Harks 2005). Ein Großteil des Öls, rund 66%, floss dabei nach China, Japan und andere asiatisch-pazifische Länder. Der Preis von Öl und Gas zeichnet sich zudem durch eine **hohe Zyklizität** aus.

Die offizielle Entwicklungshilfe nimmt sich dagegen neben den Einnahmen aus Bodenschätzen, auch wenn sie im Falle verschiedener Länder einen hohen Anteil am GDP erreicht, bescheiden aus.

Die Beträge aus Gastarbeiterrücküberweisungen verlieren im Nahen und Mittleren Osten an Gewicht.

Zum einen gibt es in verschiedenen Ländern angesichts der Bevölkerungsentwicklung, der Arbeitslosigkeit und der sinkenden relativen Renteneinnahmen Ansätze zu einer „Nationalisierungspolitik“: Ausländische Arbeitskräfte werden durch Inländer ersetzt. Zum anderen kam es in vielen ressourcenreichen Ländern der Region in den letzten Jahren zu einer „Dearabisierung“ der Arbeitsmärkte (vgl. Kapiszewski 2006), indem Migranten aus Südasien und Südostasien Einzug hielten. Der Anteil arabischer Menschen an der ausländischen Bevölkerung in den Staaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) ging von 1975 bis 2002/04 von 72 auf 32% zurück (ebendort). Die Zahl der Inder und der Pakistani lag in diesen Ländern in der Summe jeweils noch vor den Ägyptern. Im Gegensatz zu Gastarbeiterrücküberweisungen gewinnen hingegen Tourismuseinnahmen als Transmissionskanal der regionalen Renteneinnahmen für ressourcenarme Staaten an Bedeutung. So werden sich, wie Anhang 5 verdeutlicht, voraussichtlich 2006 die Tourismuseinnahmen des Nahen und Mittleren Ostens mit 19 Mrd. USD gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1990-2000 gut verdoppelt haben (Weltbank; Angaben in laufenden Preisen).

Die Demokratisierungsbilanz der Region des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas fällt äußerst bescheiden aus. Die Region ist politisch die unterentwickeltste weltweit: Der Bericht von Freedom-House (2006) weist 11 „unfreie“, 6 „teilweise freie“ und ein „freies“ Land aus. Die Region liegt damit hinter Afrika (sub-Sahara). Dabei haben die politischen Systeme im Nahen und Mittleren Osten eine große Bandbreite: Sie reichen von Militärregimen, autokratischen Präsidialsystemen und Monarchien bis hin zu liberaldemokratischen Strukturen. Die autoritären Regime der Region zeichnen sich durch hohe Stabilität aus. **Zudem ist die Zahl der bewaffneten oder politischen Konflikte der MONA-Region im**

internationalen Vergleich hoch (World Bank conflict data).

Auf die Ökonomien und die Weltwirtschaft entfalteten die Renteneinnahmen der Region in den letzten Jahrzehnten folgende negative Auswirkungen: Die beiden starken **Ölpreisanstiege der 1970er Jahre** bedeuteten für die Exportländer des Nahen und Mittleren Ostens exogene Schocks, die auf mittlere und lange Sicht die wirtschaftliche Entwicklung der Region erschwerten. In dieser Zeit kam es in den ressourcenreichen Ländern der MONA-Region zu einer Petrodollar-Schwemme, die aus jahrelangen massiven Handelsbilanzüberschüssen resultierten, die volkswirtschaftlich nicht absorbiert werden konnten. Die Länder investierten in volkswirtschaftlich teils fragwürdige Infrastrukturmaßnahmen, so dass die Produktivitätsentwicklung unter ihren Möglichkeiten blieb. Zugleich stiegen die Sozialausgaben und der öffentliche Sektor gewann, gemessen an der Staatsquote, an Gewicht. Im Ergebnis gehörte der Nahe und Mittlere Osten und Nordafrika in dieser Boomphase bis 1985 zu den am schnellsten wachsenden Regionen der Welt (vgl. Gärber 1999). Der Verfall des Ölpreises ließ jedoch das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1985 und 1995 sinken. Kurzum, im Ergebnis führten die Renteneinnahmen ökonomisch zu einer volkswirtschaftlich wenig nachhaltigen Einnahmeverwendung und zu einem Aufschieben von Strukturreformen.

Das „Recycling“ der Petrodollars trug aber auch zu weltwirtschaftlichen Verwerfungen und letzten Endes Anfang der 1980er Jahre zur Schuldenkrise Lateinamerikas bei. Die im Ausland angelegten Vermögenswerte ermöglichten eine Ausweitung der Kreditvergabe- aufgrund der Preisentwicklung zu geringen, teils negativen realen Zinsen. In der anschließenden Hochzinsphase konnten verschiedene Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Die gegenwärtigen windfall profits scheinen die ressourcenreichen Staaten anders als in der Vergangenheit zu

verwenden. Insgesamt ist die Sparquote höher und ein Großteil der Erlöse geht in Dollar-Werte, während Investitionsgüter innerhalb der (relativ an Bedeutung verlierenden) Importe an Gewicht gewinnen. Dabei profitieren die Eurozone und insbesondere Deutschland gegenüber den US-Importen, so dass der Einkommenstransfer zwischen der Eurozone und den ressourcenreichen Ländern der MONA-Region relativiert wird. Wurden von den Exporteinnahmen der OPEC-Länder von 1973-1976 rund 60%, zwischen 1978-1981 etwa 75% für den Import von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben, erreichten sie nach IWF-Schätzungen im Jahr 2005 nur noch rund 40% dieser Einnahmen (vgl. Economist, 10.11.2005). Die Regierungen gehen zurückhaltender mit den unerwarteten Mehreinnahmen um. Gaben sie in den früheren Boomphasen rund 75% der Mehreinnahmen aus, sind es danach seit 2002 etwa 30%. Allerdings leiden volkswirtschaftliche Analysen an mangelnder Transparenz und Defiziten der Zahlungsbilanzstatistiken. Bahrain und – mit Abstrichen – die Vereinigten Arabischen Emirate haben es geschafft, alternative Exportnischen zu besetzen (vgl. Weltbank 2005). Die Koppelung von Währungen der Region an den Dollar birgt Vorteile, hat aber auch Schattenseiten: Einerseits mindern die *currency boards* die Wechselkurseffekte der *Dutch disease* und begrenzen die Inflationsraten. Andererseits berauben sie die Regierungen geldpolitischer Souveränität und verhindern Anpassungsprozesse. So ging die Boomphase seit 2002 mit einem schwachen Dollar und schwachen Landeswährungen einher, die Krisenphase in den späten 1990er Jahren für die Rentenstaaten der Region wiederum mit starken Wechselkursen.

In den letzten Jahren erlebten in der Region des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrika die Einnahmen aus Bodenschätzen in absoluten Zahlen eine neue Hochzeit. Allerdings haben sich die verschiedenen Renteneinnahmen unterschiedlich entwickelt. Auch die Verwendung der Einnahmen hat sich im Ver-

gleich zu früheren Jahrzehnten verschoben. Im Folgenden werden die Länder der Region in verschiedene Cluster aufgeteilt: die klassischen ressourcenreichen Länder, die ressourcenarmen Arbeitskräftelieferanten und die von Finanzhilfen abhängigen Länder. Eine Unterteilung der Länder des Nahen und Mittleren Ostens birgt analytische Vorteile.

Klassische ressourcenreiche Länder

Die wichtigste Gruppe unter den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas bilden die klassischen ressourcenreichen Länder. Aus dem statistischen Anhang 1 wird deutlich, dass darunter u.a. **Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Iran, Libyen, Algerien** und der **Irak** fallen.

Ein Blick auf die relative Bedeutung der Einnahmen aus Bodenschätzen verdeutlicht indes, dass innerhalb dieser Gruppe zwei Cluster unterschieden werden müssen: die Staaten, in denen die Renten hohe Pro-Kopf-Einnahmen implizieren (etwa **Saudi-Arabien, VAE, Kuwait, Katar**) und diejenigen, in denen sich die Renteneinnahmen aufgrund der großen Bevölkerungszahl relativieren (etwa **Iran, Irak** und **Libyen**). Die Renteneinnahmen in den klassischen ressourcenreichen Ländern entfalten mithin höchst unterschiedliche relative Effekte. **Die Staaten mit hohem relativen Einkommen aus Öl sind dabei tendenziell politisch stabiler – das gilt auch für die MONA-Region** (vgl. Basedau und Lacher 2006). Allerdings verliert das relative Einkommen auch in der ersten Gruppe an Bedeutung. So haben etwa in Saudi-Arabien trotz des Booms die Pro-Kopf-Einnahmen, die aus Erdöl generiert werden, real nur rund 70% des Wertes von 1980 erreicht, weil sich die Bevölkerungszahl seitdem verdreifacht hat.

Auch in der Einnahmeverwendung bestehen Unterschiede zwischen den klassischen ressourcenreichen Ländern. Grundsätzlich geben die Staaten, die hohe

Pro-Kopf-Einkommen aus Öl erzielen, mehr Geld für den Sicherheitsapparat und distributive Politiken etwa in Form von Sozial- und Gesundheitsausgaben aus (**Distributionstyp**) (vgl. Basedau und Lacher 2006). Länder, die ein geringes relatives Einkommen aus Öl beziehen, zeichnen sich hingegen durch relativ geringe Militärausgaben und weniger Distribution aus, weisen aber ein höheres Maß an Korruption auf (**Patronagetyp**).

Wie bereits angesprochen ist zudem die gesamtwirtschaftliche **Sparquote** in den ressourcenreichen Ländern derzeit höher als in früheren Boomphasen. Sie erreicht in Ländern wie Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die hohe Pro-Kopf-Einnahmen aus ihren Bodenschätzen erzielen, rund 40% (vgl. Economist, 10.11.2005). Die Einnahmen werden von einigen Regierungen zudem genutzt, die Verschuldung zu reduzieren. Unterschiede bestehen auch in den **Investitionen**, welche die Regierungen **für die Förder- und Raffineriekapazitäten** aufwenden. Insbesondere Saudi-Arabien, das sich als Reservelieferant versteht, hat angesichts der Marktentwicklung massive Investitionen in Angriff genommen. Einige Länder haben **Fonds** aufgebaut, in die Renteneinnahmen eingespeist werden. Beispiele sind der kuwaitische Fonds, der älteste der Region, die Fonds in Oman und Katar sowie die jüngst errichteten Fonds in Iran und Algerien. Fonds sollen grundsätzlich die Fiskalpolitik stabilisieren und eine prozyklische Finanzpolitik vermeiden. Darüber hinaus soll im Rahmen des Fonds durch die finanzpolitische Verstetigung die Generationengerechtigkeit gestärkt werden. Im Vergleich zu anderen Regionen und insbesondere zu *best practice* werden jedoch Transparenzdefizite der Fonds im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika deutlich. Hier besteht noch Verbesserungspotenzial. Über die Anlage der Fondsmittel herrscht Unklarheit. Umfangreiche Mittel fließen angeblich in ausländische Hedge Fonds und Private Equity-Gesellschaften. Sie leisten aber auch einen Beitrag zum Auftrieb der Kapitalmärkte der Region, die an Kapitali-

sierung gewonnen haben (vgl. Economist, 10.11.2005).

Die Gastarbeiterrücküberweisungen aus den ressourcenreichen Ländern, in den die Pro-Kopf-Einnahmen aus Bodenschätzen gering sind, werden zukünftig tendenziell abnehmen. Die Regierungen dieser Staaten werden verstärkt bestrebt sein, die Renteneinnahmen im eigenen Lande zu halten und den Kapitalexport zu mindern. Daher werden sie Gastarbeiter durch inländische Arbeitskräfte substituieren. Tabelle 2.2 verdeutlicht das Ausmaß des Kapitaltransfers aus den ressourcenreichen in die ressourcenarmen Länder aus der Region. Danach flossen allein aus Saudi-Arabien seit 2000 im Durchschnitt rund 15 Mrd. USD jährlich ab. Gleichwohl bedeuten diese Transfers regionale Stabilität. Allerdings stehen die gesamten Länder der MONA-Region vor demographischen Herausforderungen, da in den nächsten Jahren und Jahrzehnten viele Menschen in den Arbeitsmarkt drängen werden. Für die erforderliche Zahl an Arbeitsplätzen ist zukünftig ein ausgesprochen hohes Wirtschaftswachstum erforderlich. Der demografische Trend erhöht die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Nationalisierungspolitiken in der Region des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrika.

Mit Blick auf die Entwicklungszusammenarbeit ist bei klassischen ressourcenreichen Ländern folgendes zu bedenken: **Die Abhängigkeit der Industrieländer von den Rohstofflieferungen vermindert den strategischen Spielraum der Entwicklungspolitik.** Einen wichtigen Ansatzpunkt kann in der Vermittlung und Verbreitung von *best practice* stehen. Konditionalität und Konsumentenreaktionen können möglicherweise in den beiden folgenden Clustern strukturelle Reformen unterstützen.

Ressourcenarme Arbeitskräfte lieferanten

Die Verteilung natürlicher Ressourcen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens ist sehr ungleich. Neben den klassischen

ressourcenreichen Staaten gibt es Staaten ohne nennenswerte Bodenschätze. Zu dem **Cluster der ressourcenarmen Länder, die sich durch einen hohen „Arbeitskräfteexport“ auszeichnen**, gehören **Ägypten** (plus Gebühren aus Suez), **Jemen, Jordanien, Libanon, Marokko, Tunesien** und **Syrien**. Diese Länder profitieren mittelbar von den Rohstoffeinnahmen der Nachbarländer; sie beziehen eine sekundäre Rente. Die Integration der Arbeitsmärkte in der Region des Nahen und Mittleren Ostens ist der Integration der anderen Faktormärkte vorangegangen. Ursächlich waren massive Unterschiede in der Faktorausstattung und die große Nachfrage nach nicht-handelbaren Gütern, etwa im Bauwesen, dem Dienstleistungssektor und in der Bildung. Migration in der MONA-Region war die Folge. Zeitweise überstiegen die Gastarbeitertransfers den Wert des intraregionalen Handels und der (offiziellen) intraregionalen Kapitalflüsse (vgl. Gärber 1999). Auf das Bruttoinlandsprodukt bezogen befanden sich 2001 unter den zwanzig Entwicklungsländern mit dem größten Anteil von Gastarbeitertransfers vier Länder der Region: Der Spitzenreiter Jordanien generiert 22,8% seines BIP aus Transfers, der Jemen 16,1%, gefolgt von Libanon mit 13,8 und Marokko mit 9,7%.

In ihren politischen und ökonomischen Auswirkungen sind die Einnahmen aus Gastarbeiterrücküberweisungen für die Region grundsätzlich unproblematischer als Einnahmen aus Bodenschätzen. Die Transfers fließen nicht an die öffentliche Hand, sondern kommen dezentral Privatpersonen zugute. Damit fallen Rentiermechanismen wie Repression und Koptation weg. Es können jedoch durch Gastarbeiterrücküberweisungen individuelle Fehlanreize entstehen.

Wie bereits angesprochen zeichnet sich ab, dass die Gastarbeiterrücküberweisungen in der Region an Bedeutung verlieren werden. Zwar ist bereits seit Jahren zu beobachten, dass Gastarbeiter aus der MONA-Region durch Arbeitnehmer aus Fernost ersetzt werden. Trotz dieser so genannten „**Dearabisierung**“ der Ar-

beitsmärkte in den vergangenen Jahren spielen die Gastarbeitertransfers für die angeführten Länder immer noch eine große ökonomische und finanzpolitische Rolle und sorgen für eine regionale Verteilung der Ressourceneinnahmen. **Demographische Herausforderungen** und der **redistributive Druck** erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Substitutionen auf den vergleichsweise integrierten Arbeitsmärkten. Ein positiver Gegeneffekt für die Staaten, die stark von Gastarbeiterrücküberweisungen profitierten und profitieren, ist der *brain gain*, da qualifizierte Arbeitskräfte in die Heimatländer zurückkehren. **Tourismuseinnahmen können in verschiedenen ressourcenarmen Staaten der Region künftig möglicherweise Rückgänge bei Gastarbeitertransfers ausgleichen** (vgl. Anhang 5). Dabei ist besonders an intraregionalen Tourismus zu denken.

Auf Finanzhilfe basierende Länder

Neben den klassischen ressourcenreichen Ländern und den ressourcenarmen Arbeitskräfte lieferanten gibt es in der MONA-Region eine Gruppe von Ländern, die ökonomisch und fiskalpolitisch auf Finanzhilfe basieren. Dazu gehören **Jordanien** und mit Gaza und der Westbank die **Palästinensischen Gebiete**. So erhielten die Palästinensischen Gebiete nach UN-Angaben im Jahr 2003 Nettozuflüsse aus offizieller Entwicklungshilfe in Höhe von rund 972 Mio. USD. Pro Kopf gerechnet flossen 288 USD, die gut 28% des BIP in Gaza und der Westbank erreichten. Jordanien bezog in demselben Jahr offizielle Entwicklungshilfe in Höhe von mehr als 1,2 Mrd. USD, die sich Pro-Kopf auf 233 USD beliefen (vgl. Anhang 3). Im Vergleich zu 1990 halbierte sich jedoch der Anteil der offiziellen Entwicklungshilfe am Budget Jordaniens 2003 nahezu von 22,1 auf 12,5%. Auf die Palästinensischen Gebiete und Jordanien folgen wie aus dem Anhang ersichtlich in der Region erst mit weitem Abstand Länder wie Sudan und

Jemen, in denen die offizielle Entwicklungshilfe nur einen kleinen Anteil am BIP erreicht.

Interpretiert man den Begriff der offiziellen Entwicklungshilfe weit, dann sind auch Israel und Ägypten diesem Cluster zuzurechnen. Israel profitiert traditionell von den Zahlungen, die in jüngster Vergangenheit pro Jahr rund 3 Mrd. USD betragen, wobei die Militärhilfe relativ an Gewicht gewann (vgl. USAID Greenbook 2004, verfügbar über www.usaid.gov; DSCA Facts Book 2005, über www.dsca.mil). Ägypten gehört seit dem Friedensschluss mit Israel 1979 zu den größten Empfängern US-amerikanischer Militär- und Wirtschaftshilfe: Das Land erhält jährlich Zahlungen in Höhe von ca. 2 Mrd. USD (vgl. USAID Greenbook 2004, verfügbar über www.usaid.gov; DSCA Facts Book 2005, verfügbar über www.dsca.mil).

Im Vergleich zu den Einnahmen aus Bodenschätzen eröffnen die Renteneinnahmen aus offizieller Entwicklungshilfe größeren Spielraum für die Entwicklungszusammenarbeit. Die Finanzhilfen sind zwar (insbesondere im Falle Israels und Ägyptens) nicht frei von geostrategischen und sicherheitspolitischen Erwägungen, so dass Zielkonflikte entstehen können. Grundsätzlich bestehen durch Konditionalität, d. h. die Bindung von Finanzhilfe beispielsweise an strukturelle Reformen des Entwicklungshilfeempfängers, größere Gestaltungsmöglichkeiten. Eine unterstützende Funktion kann grundsätzlich die Konditionalität der Kreditvergabe von Weltbank und Internationalem Währungsfonds spielen.

Prognose

Die Renteneinnahmen der MONA-Region lassen sich folgendermaßen prognostizieren:

Die Einnahmen aus Öl und Gas werden sich auf hohem Niveau einpendeln. Zwar bremsen die **Maßnahmen zur Energieeffizienz und Substitutionsbe-**

mühungen langfristig den Anstieg der Nachfrage nach Öl und Gas. Auf der anderen Seite wächst jedoch der **Energiehunger** Chinas, Indiens und weiterer wirtschaftlich aufstrebender Länder und sorgt für eine zunehmende Nachfrage nach Energieträgern. So stieg im Jahr 2005 der weltweite Konsum von Primärenergie um 2,7 % (vgl. BP, 2006). Die Nachfrageelastizität des Energieverbrauchs – die Änderung der Nachfrage bei einer Änderung des Energiepreises – ist vergleichsweise gering. Kurzfristig sind die Förderkapazitäten beschränkt, bei entsprechender Preis- und Nachfrageentwicklung kommt es aber durch **Investitionen** in Förderung und Verarbeitung zu einer Angebotsausweitung. Massive Investitionen waren in jüngster Zeit vor allem in Saudi-Arabien zu beobachten. Die Investitionsreaktionen sind zum einen als Reaktion auf die Preisentwicklungen und Nachfrageschätzungen zu verstehen. Andererseits sollen Förder- und Raffineriereserven wiedererlangt werden, um außenpolitische Handlungsspielräume in der Region zu wahren. Für die Marktentwicklung erwähnenswert sind außerdem neue **Explorationsmethoden**, die etwa Schweröle wie beispielsweise in der saudi-arabischen Region Wafra sowie die Ölsände Kanadas betreffen. Sie könnten die Angebotsseite ausweiten. Prognoseunsicherheit birgt auch die globale Klimaveränderung, die zusätzliche Fördermöglichkeiten erschließen könnte. Ein starkes Absinken der Energiepreise ist vor dem geschilderten Gesamthintergrund nicht zu erwarten, zumal die Region des Nahen und Mittleren Ostens auf absehbare Zeit konfliktträchtig bleiben wird. Zu bedenken ist, dass die Preisentwicklung nur teilweise von Fundamentalfaktoren bestimmt wird; konjunkturelle, witterungsbedingte Entwicklungen sowie die Erwartungen/Erwartungsänderungen der Marktteilnehmer spielen eine wichtige Rolle. Darüber hinaus wird der Preisanstieg von Öl und Gas in Teilen auch außenpolitisch geschürt: Er beschert den Regierungen der exportierenden Länder zusätzliche Einnahmen aus dem internationalen Handel – zu Ungunsten der importierenden Länder. Einnahmen können

zur Regimestabilisierung und für das Militär verausgabt werden.

Zwar werden die Renteneinnahmen in der MONA-Region auf vergleichsweise hohem Niveau verharren. **Die Bevölkerungsentwicklung wird der Region aber (weitere) relative Einkommensverluste bescheren. Dieser Trend unterstreicht die Bedeutung von strukturellen Reformen. Trifft die These zu, dass Auswirkungen von Renteneinnahmen auf politische Stabilität und Konflikthäufigkeit von den Pro-Kopf-Einnahmen abhängig sind** (für Öl: vgl. Basedau und Lacher 2006), **sind ansonsten für die ohnehin konfliktrichtige Region des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas zunehmende politische Instabilität und Konflikthanfälligkeit erwarten.** Ein Umsteuern von Patronage zugunsten von Distribution könnte hingegen die politische Stabilität fördern.

Die **ökonomische Rolle der OPEC und insbesondere der OAPEC wird** – vorbehaltlich unerwarteter Entdeckungen großer Erdöl- und Erdgasvorkommen etwa in Grönland – **zukünftig an Bedeutung gewinnen.** Die Region des Nahen und Mittleren Ostens ist im Besitz umfangreicher Reserven. Mit rund 743 Mrd. Barrel lagerten 2005 knapp 62% der weltweiten Ölreserven im Nahen und Mittleren Osten (!); hinzu kommen gut 40% der weltweiten Gasreserven (vgl. BP, 2006). Der Anteil der Exporte aus dieser Region wird in den nächsten Jahrzehnten zunehmen, wenn sich die Relation von Reserven und Produktion nicht grundlegend verschiebt. Inwiefern sich die ökonomische Bedeutung der OPEC und der OPAPC in politisches Gewicht niederschlagen wird, bleibt abzuwarten. Auch bisher gab es Differenzen zwischen den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten. Zugleich variiert die Reichweite der Bodenschätze zwischen den Ländern, wodurch sich ökonomische und politische Gewichte innerhalb der Organisationen verschieben können. Die unterschiedliche Reichweite der Rohstoffe und der dadurch erzielten Renteneinnahmen eröffnet für die Entwicklungszusammenarbeit län-

derspezifisch unterschiedliche Perspektiven (vgl. 5).

Auch die official development aid, die offizielle Entwicklungshilfe, wird in der Region auf absehbare Zeit nicht sinken. Das **Millenniumsziel** der Vereinten Nationen beinhaltet eine Quote von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für diese Kategorie. Diesem Ziel nähern sich zahlreiche Staaten, für 2004 wurden von den OECD-Staaten durchschnittlich 0,42% des Bruttonationaleinkommens für diesen Zweck verausgabt (vgl. OECD, 2005). Entwicklungshilfe im Nahen und Mittleren Osten ist dabei für die Abnehmerländer und die Nachbarstaaten aus **geostrategischen und sicherheitspolitischen Gründen** wichtig. Da sich die Einnahmen der Erdöl exportierenden Länder auf hohem Niveau konsolidieren werden, ist auch ein Rückgang der intraregionalen Hilfszahlungen nicht zu erwarten.

Die Gastarbeiterrücküberweisungen, die für verschiedene ressourcenarme Länder der Region wirtschaftlich bedeutsam sind, könnten hingegen zurückgehen. Zwar ist die Integration der Arbeitsmärkte im Gegensatz zu der anderer Faktormärkte fortgeschritten (vgl. Gärber 1999). Auf der anderen Seite ist die rasante **Bevölkerungsentwicklung** in der Region des Nahen und Mittleren Ostens zu beachten: Der Bevölkerungszuwachs hat die **Renteneinnahmen pro Kopf** gesehen stark absinken lassen und dieser Trend wird sich zukünftig fortsetzen. In den nächsten Jahren stehen außerdem die Arbeitsmärkte aufgrund der demographischen Situation vor großen Absorptionsherausforderungen. Falls das dafür erforderliche Wirtschaftswachstum nicht erzielt wird, werden **redistributive gegenüber distributiven Politiken** gestärkt. Eine „**Nationalisierungspolitik**“ könnte Ressourcenabflüsse reduzieren, innerstaatliche Verteilungskämpfe begrenzen und die Arbeitslosigkeit eindämmen, auf der anderen Seite in der Region für Destabilisierung sorgen. **Ein Anstieg der Tourismuseinnahmen in der Region,** die bereits in den letzten Jah-

ren an Gewicht gewannen, **könnten die volkswirtschaftlichen Effekte für die ressourcenarmen Länder abfedern**. Ob sich der positive Trend der Tourismuseinnahmen im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika angesichts wieder aufflammender Konflikte in der Region fortsetzen wird, ist allerdings fraglich.

Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen

Für die Entwicklungszusammenarbeit lassen sich aus den Erkenntnissen über die Rentenökonomien der Region folgende Implikationen ableiten:

Besonderes Augenmerk ist auf die politische Ökonomie zu legen: Elementar für die Rentenökonomien ist eine **solide Fiskalpolitik**. Zum einen darf die **Ausgabenpolitik** nicht den möglicherweise zyklischen Renteneinnahmen folgen. Dazu ist ein **effektives Steuersystem** erforderlich²: Die Entwicklung seit Beginn der 1990er Jahre, die den Anteil der Steuereinnahmen an den Staatseinnahmen hat ansteigen lassen (vgl. UNDP 2005: Arab Human Development Report 2004), weist dabei in die richtige Richtung. Zum anderen ist eine **qualitative Konsolidierung** entscheidend: Die Konsumquote muss gesenkt, die Investitionsquote erhöht werden. Dabei sind ökonomisch sinnlose Prestigeprojekte, zu vermeiden, statt dessen in **Infrastruktur und Humankapital** zu investieren. Nach Jahren der Mindereinnahmen und Minderausgaben ist die Infrastruktur vieler Staaten der Region erneuerungsbedürftig. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung sind hohe Ausgaben in Humankapital erforderlich. Zu nennen sind hierbei auch die Urbanisierung, die Umweltverschmutzung sowie die Wasserknappheit. Investitionen in Infrastruktur und Humankapital werfen langfristig die höchsten volkswirtschaftlichen Renditen. Die Humankapitalbildung

² Kriterien sind ein ausreichendes Maß an Steuereinnahmen, die Konstanz der Steuereinnahmen, die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit und die Transparenz der Steuersystems.

wiederum wirkt positiv auf die Demokratisierung. In der Vergangenheit wurden Renteneinnahmen in der MONA-Region in Hochphasen häufig für Konsumzwecke verausgabt, für Luxusgüter sowie loyalitätssichernde Sozialausgaben. Für die Gegenwart zeichnet sich wie erläutert eine höhere Sparquote, sowie eine ausgewogenere Anlagestrategie ab als in bisherigen Boomphasen.

Einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität sowie zur Wohlstandsmehrung liegt in der Integration der Märkte. Beim Handel besteht dazu Potenzial auf multilateraler, regionaler und interregionaler Ebene. Ansätze gibt es bereits in Form der Euro-mediterranen Partnerschaft (EMP). Insbesondere die Finanzmärkte haben in der Region in den letzten Jahren insgesamt an Integration und Marktkapitalisierung gewonnen. Die Arbeitsmärkte sind bereits seit Jahren vergleichsweise durchlässig.

Da die reine Lehre der Wirtschaftswissenschaften im politischen Prozess nur schwerlich umzusetzen und durchzuhalten ist, ist ein **Fonds zur Bewirtschaftung von Renteneinnahmen** komplizierten Fiskalregeln vorzuziehen. Ein Fonds kann verschiedene **Vorzüge** bieten: Erstens kann er die **Haushaltseinnahmen stabilisieren** und auf diese Weise *stop-and-go-policies* vermeiden. Dazu sollte ein Preis fixiert werden, ab welchem Einnahmen in den Fonds fließen bzw. Fondsmittel in den Staatshaushalt abfließen. Darüber hinaus kann ein Fonds die **Transparenz** über die Ressourcenverwendung steigern. Schließlich kann der Fonds durch Anlagen auf den internationalen Märkten gesamtwirtschaftlich problematische **Währungseffekte abschwächen** und auf diese Weise Auswirkungen auf andere Sektoren abmildern. Als *best practice* kann der norwegische Fonds dienen; der kuwaitische Fonds lässt es hingegen an Transparenz mangeln.

Mit Blick auf die Wirtschaft sind darüber hinaus folgende Punkte festzuhalten: Die Wirtschaftspolitik der Rentierstaaten sollte die **Dutch disease abfe-**

dern. Wichtig sind zudem **ordnungspolitische Maßnahmen**: Erstens der **Aufbau eines funktionierenden Kapitalmarktes**, d.h. insbesondere Stärkung der kleinen Privatbanken, Ausbau des Finanzmarktes sowie Einführung von Kreditgarantiefonds und Einlagensicherungsfonds. Im Falle der Bodenschätze spielen auch klare **Eigentumsverhältnisse** eine Rolle. Nach einer Phase der Privatisierung waren jüngst global einige **Nationalisierungen** zu beobachten. Eine Veräußerung von Bodenschätzen sollte die Todsünden der **Privatisierung** (Human Development Report der UN) vermeiden und sich an *best practice* orientieren, d.h. insbesondere transparente Verfahren einhalten und das Eigentum breit streuen. Zielsetzungen sind dabei Gerechtigkeit in der Zuteilung, fiskalische Aspekte sowie die Vermeidung von Oligarchentum und die Schaffung einer *commercial class*.

Ein Negativbeispiel im Zusammenspiel von öffentlichem und privatem Sektor bei der Ausbeutung von Bodenschätzen können **product sharing agreements** (PSA) sein. Sie machen für die öffentliche Hand Sinn, um im Fall unsicherer oder aufwendiger Exploration das **Risiko** für das Gemeinwesen zu reduzieren. Im Falle von Staaten mit eingeschränkter Souveränität wie etwa dem Irak³ besteht die Gefahr, dass Verträge zu Ungunsten des Staates abgeschlossen werden: in Form unverhältnismäßig großer **Gewinnanteile** privater Unternehmen und unverhältnismäßig langer **Laufzeiten**. Die Folge können der Verlust politischer Legitimation und staatlicher Einnahmen sein, die gerade in Konsolidierungsphasen fehlen – eine Bürde für eine erfolgreiche Transition.

Die Mittel, um diese Ziele zu erreichen sind vielfältig: Erstens gilt es, regional und interregional **best practice** zu identifizieren, aufzuzeigen und zu vermitteln. Die *best practice* kann verschiedenste Stellschrauben betreffen. Zweitens kann **Konditionalität** bei der Entwicklungszusammenarbeit eine Rolle spielen, Kooperation

an *best practice* gekoppelt werden. Drittens können verschiedene **Transparenzinitiativen** unterstützt werden, die auf die Verwendung von Renteneinnahmen fokussieren. Das betrifft Initiativen **internationaler Akteure** wie des IWF (*Code of Good Practice on Fiscal Transparency*), der Weltbank und der G8 (verschiedene Programme und Projekte). Zu nennen ist auch die britische *Extraction Industries Transparency Initiative* (EITI). Besonders erwähnenswert sind auch Initiativen verschiedener **Nichtregierungsorganisationen** (NRO): z.B. die *Publish What You Pay*-Kampagne, einer Koalition von über 300 NRO (www.publishwhatyoupay.org), das *International Budget Project* (www.internationalbudget.org) und *Revenue Watch* (www.revenuewatch.org).

„Politische Fenster“ für die Entwicklungszusammenarbeit können sich im Falle derjenigen Staaten öffnen, deren Renteneinnahmen in absehbarer Zeit versiegen werden. Für die politische Elite der betroffenen Länder steigen dadurch die Anreize, politische und ökonomische Reformen im Lande einzuleiten, da das Zurückschrauben distributiver Politik das Regime *ceteris paribus* destabilisieren wird. Im Sinne einer effizienten Mittelverwendung sollten Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit auf diese Fälle konzentriert werden.

Dezember 2006

³ Vgl. Art. 110 der Verfassung

Referenzen

Basedau, Matthias und Lacher, Wolfram (2006): A Paradox of Plenty? Rent Distribution and Political Stability in Oil States. GIGA-Working Paper Nr. 21

Bertelsmann-Stiftung (2006): Bertelsmann Transformation Index 2006. www.bertelsmann-transformation-index.de

British Petroleum (2006): Quantifying Energy. BP Statistical Review of World Energy June 2006

Dauderstädt, Michael und Schildberg, Arne (Hrsg.) (2006): Dead Ends of Transition: Rentier Economies and Protectorates

DSCA Facts Book 2005

Europa Regional Surveys of the World. The Middle East and North Africa. London. Verschiedene Jahrgänge

Freedom House (2006): Freedom in the World 2006. Selected Data from Freedom House's Annual Global Survey of Political Rights and Civil Liberties

Gärber, Andrä (1999): MENA-Region: der Nahe Osten und Nordafrika; zwischen Bilateralismus, Regionalismus und Globalisierung. FES-Analyse. Bonn

Harks, Enno (2005). Der hohe Ölpreis und das Recycling der Petrodollars. Gefahr am Horizont für die internationalen Finanzmärkte? SWP-Aktuell 38, September 2005

Kapiszewski, Andrzej (2006): Arab versus Asian Migrant Workers in the GCC Countries. United Nations Expert Group Meeting on International Migration and Development in the Arab Region

Nah- und Mittelost-Verein (2006): Near and Middle East Economic Handbook 2006. Berlin

Oesterdiekhoff, Peter (2004): Resource Impact: Oil, Development and Good Governance. Unpubliziert.

United Nations Development Programme et al. (2005): Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world. New York

United Nations Development Programme et al. (2005): Arab Human Development Report 2004. Towards Freedom in the Arab World. New York

USAID Greenbook 2004, World Bank (2005): Middle East and North Africa Region. 2005 Economic Developments and Prospects. Oil Booms and Revenue Management

Statistischer Anhang

1. Öleinnahmen absolut (in Mrd. USD) und relativ (% GDP und USD pro Kopf)

	1994	1998	2001	2002	2003	2004	2005e	2006f	% GDP (1994)	% GDP (2004)	Pro Kopf (2004)
Algerien	6,54	5,68	11,04	12,60	17,90	22,6	36	41,6	15,4	26,6	698
Iran	13,71	10,79	21,79	18,70	24,40	32,50	46,6	50,1	20,1	19,9	485
Irak	0,64	6,54	14,92	12,40	9,60	20,00	23,4	24,9	-	-	-
Kuwait	10,03	8,04	11,44	11,60	19,00	27,40	39	44,1	40,4	49,2	20000
Libyen	7,26	5,98	10,96	10,80	13,50	18,10	28,3	31,2	25,4	60	3153
Katar	2,44	3,21	6,71	7,10	9,30	13,50	19,1	23,3	33,1	47,4	17375
Saudi- Arabien	40,62	32,85	54,90	55,00	80,90	115,10	153,3	162	30,2	46	4806
VAE	12,00	10,07	18,04	18,70	24,20	30,30	45,6	53	31,4	29,1	7014

Anmerkungen: 2005 geschätzt, für 2006 Prognose; Quelle: US Energy Information Administration; Weltbank; eigene Berechnungen

2. Gastarbeiterrücküberweisungen

2.1 Erhaltene Gastarbeiterrücküberweisungen (in Mio. USD, % GDP)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1990 in % GDP	2004 in %GDP
Algerien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Bahrain	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ägypten	4284	4054	6104	5664	3672	3226	3107	3697	3370	3235	2852	2911	2893	2961	3341	9,9	4,2
Iran	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Irak	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Israel	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jemen	1498	998	1018	1039	1059	1080	1134	1169	1202	1223	1288	1295	1294	1270	1283	31	9,9
Jordanien	499	448	844	1040	1094	1244	1544	1655	1542	1497	1660	1810	1921	1981	2058	12,4	19,87
Kuwait	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Libanon	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2544	3964	4221	-	19,3
Libyen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Marokko	2006	1990	2170	1959	1827	1970	2165	1893	2011	1938	2161	3261	2877	3614	4221	7,8	8,4
Oman	39	39	39	39	39	39	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Katar	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pal. Ge- biete	-	-	-	-	-	54	51	62	80	85	65	28	-	-	-	-	-
Saudi- Arabien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Syrien	385	350	550	426	868	923	-	-	-	-	-	-	-	743	690	3,1	3,4
Tunesien	551	525	531	446	629	680	736	685	718	761	796	927	1071	1250	1432	4,5	5,1
VAE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: International Monetary Fund, Balance of Payments Statistics Yearbook; Weltbank; eigene Berechnungen;
Angaben in laufenden US-Dollar

2.2 Gezahlte Gastarbeiterrücküberweisungen absolut (in Mio. USD)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Bahrain	251	369	335	395	431	500	559	635	725	856	1012	1287	871	1082	1120
Kuwait	450	426	829	1229	1331	1354	1376	1375	1611	1731	1734	1784	1925	2144	2402
Oman	884	910	1220	1423	1365	1537	1371	1501	1467	1438	1451	1532	1602	1672	1826
Katar	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Saudi- Arabien	11637	13746	13397	15717	18102	16616	15513	15339	14934	13958	15390	15120	15854	14783	13555
VAE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: International Monetary Fund, Balance of Payments Statistics Yearbook

2.3 Erhaltene Gastarbeiterrücküberweisungen, absolut (in Mio. USD) und relativ

Land	Absolut (Millionen US\$) 2001	% GDP, 2001
Ägypten	2911	3
Algerien	670	1,2
Iran	682	0,6
Israel	380	0,3
Jemen	1295	16,1
Jordanien	2011	22,8
Libanon	2307	13,8
Marokko	3261	9,7
Sudan	740	5,5
Syrien	170	0,9
Tunesien	927	4,6

Quelle: Weltbank (teils eigene Berechnungen)

2.3 Gastarbeiterrücküberweisungen/GDP in 2001: Länder der MONA-Region unter den Top 20 der Entwicklungsländer

Land	Gastarbeiterrücküberweisungen in % des GDP
Jemen	16,1
Jordanien	22,8
Libanon	13,8
Marokko	9,7

Quelle: Weltbank 2003

3. Official development assistance (ODA), (received, net disbursements)

Land	Absolut (Millionen USD) 2003	Pro Kopf (USD)	% GDP, 1990	% GDP, 2003
Ägypten	893,8	13,2	12,6	1,1
Algerien	232,2	7,3	0,2	0,3
Bahrein	37,5	52,7	3,2	-
Brunei	0,5	1,3	-	-
Iran	133,1	2,0	0,1	0,1
Israel	440,0	65,8	2,6	0,4
Jemen	243,1	12,7	8,4	2,2
Jordanien	1234,3	232,5	22,1	12,5
Kuwait	4,4	1,9	-	-
Libanon	228,3	50,8	8,9	1,2
Libyen	10,0	1,8	0,1	-
Marokko	522,8	17,4	4,1	1,2
Oman	44,5	17,1	0,6	-
Palästinensische Gebiete	971,6	288,3	-	28,1
Katar	2,0	3,2	-	-
Saudi-Arabien	21,9	1,0	-	-
Sudan	621,3	18,5	6,2	3,5
Syrien	160,3	9,2	5,6	0,7
Tunesien	305,5	30,9	3,2	1,2
VAE	5,2	1,3	-	-

Quelle: Human Development Report 2005: 280 ff.

4. Regimetyt (Indikatoren: Freedom House, BTI)

4.1 Freedom House: Freedom in the World 2006

	Political Rights	Civil Liberties	Freedom Rating
Bahrain	5	5	Partly Free
Brunei	6	5	Not Free
Egypt	6	5	Not Free
Iran	6	6	Not Free
Iraq	6	5	Not Free
Israel	1	2	Free
Jordan	5	4	Partly Free
Kuwait	4	5	Party Free
Lebanon	5	4	Partly Free
Libya	7	7	Not Free
Morocco	5	4	Partly Free
Oman	6	5	Not Free
Katar	6	5	Not Free
Saudi Arabia	7	6	Not Free
Sudan	7	7	No Free
Syria	7	7	Not Free
Tunisia	6	5	Not Free
UAE	6	6	Not Free
Yemen	5	5	Partly Free

4.2 Bertelsmann Transformation Index 2006 (BTI)

Land	Status-Index 2006	Ranking Status-Index 2006 (von 119)	Management-Index 2006	Ranking Management-Index 2006 (von 119)
Ägypten	4,29	90	3,88	85
Algerien	4,42	85	3,63	91
Bahrain	6,21	46	4,86	59
Irak	2,79	114	-	-
Iran	3,98	95	3,17	101
Jemen	3,82	98	3,87	86
Jordanien	5,12	74	4,68	67
Libanon	5,71	62	4,20	77
Libyen	4,00	93	3,14	102
Saudi-Arabien	4,00	93	3,65	90
Sudan	3,17	110	3,43	98
Syrien	3,63	100	2,85	104
Tunesien	5,17	72	4,42	73
VAE	5,03	76	4,20	77

5. Tourismuseinnahmen in der MONA-Region in Mrd. USD (in laufenden Preisen)

Durchschnitt 1990-2000	2002	2003	2004	2005 (geschätzt)	2006 (geschätzt)
8,9	13,7	15,2	16,5	17,7	19,0

Quelle: Weltbank